

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

41. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. März 2001, 10:30 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (F.D.P.)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Wolfgang Fuß

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Reinhard Sager (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das IV. Vierteljahr des Haushaltsjahres 2000 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/744	4
2. Abwicklung des Sonderprogramms Schulbau im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds (KIF) Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/856	6
3. Übertragung von Programmen und Aufgaben auf die Investitionsbank Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/875	7
4. Investitionsbank Schleswig-Holstein; Änderung des Investitionsbankvertrages im Zuge der Übertragung des Liegenschaftsvermögens Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/876	9
5. Fördermittel für die Hansestadt Lübeck aus dem Regionalprogramm hierzu: Umdrucke 15/887 und 15/922	10
6. Umwandlung der Provinzialanstalten in Aktiengesellschaften	11
7. Finanzierung der Beschaffungsalternativen „Kauf und Leasing“ von Polizeidienstfahrzeugen hierzu: Umdruck 15/907	12
8. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:30 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das
IV. Vierteljahr des Haushaltsjahres 2000**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/744

Einzelplan 01 - Titel 0101-539 01

Die Vorsitzende verweist auf die mit Schreiben vom 28. März 2001 vom Landtagsdirektor an die finanzpolitischen Sprecher übersandten Vermerke über den Diebstahl des Dienstwagens SH 1-2. - Der Ausschuss nimmt diese Information zur Kenntnis.

Einzelplan 08 - Titel 0802-676 01

Ref. Sauer teilt mit, dass die EU von 1989 bis 1993 Vorauszahlungen in der Größenordnung von 14,5 Millionen DM geleistet habe, von denen aufgrund vorliegender Anträge nur rund 9,5 Millionen DM weitergegeben worden seien. Damit habe Schleswig-Holstein seit 1994/1995 EU-Vorschüsse in Höhe von rund 5 Millionen DM vor sich her geschoben. Erst im September letzten Jahres habe die EU auf entsprechende Mitteilungen reagiert und die zuviel bezahlten Zuschüsse zurückgefordert.

Einzelplan 09 - Titel 0901-681 01

Ref. Jagusch teilt mit, dass diese überplanmäßige Ausgabe Konsequenz einer versehentlichen Eröffnung eines Testaments durch einen Rechtspfleger sei; aufgrund dieses Ereignisses sei das Land in Haftung genommen worden. Nach Ansicht der Juristen liege eine grobe Fahrlässigkeit des Rechtspflegers vor; er solle nunmehr belangt werden.

Abg. Neugebauer bittet, den Ausschuss nach Abschluss des Verfahrens unaufgefordert zu unterrichten. - Ref. Jagusch sagt dies zu.

P Dr. Korthals teilt mit, dass sich der Landesrechnungshof demnächst mit der gesamten mit einer Amtspflichtverletzung zusammenhängenden Problematik beschäftigen werde.

Einzelplan 10 - Titel 1003-518 01

Ref. Ballwanz antwortet auf eine Frage des Abg. Dr. Garg, dass sich das Ministerium bei der Nutzung der Liegenschaften an der Zahl der Akten orientiert habe.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Abwicklung des Sonderprogramms Schulbau im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds (KIF)

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/856

Abg. Astrup merkt an, dass es nach seiner Überzeugung besser gewesen wäre, das Sonderprogramm Schulbau im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds nicht vom Innenministerium, sondern von der Investitionsbank abzuwickeln mit der Folge, dass sich im Innenministerium eine zwar kleine, immerhin aber spürbare Stelleneinsparung hätte ergeben können. Er empfiehlt, sich Einzelheiten in der nächsten Sitzung von der Spitze des Hauses vortragen zu lassen.

Abg. Arp bittet um eine Übersicht über die in diesem Programm enthaltenen Landesmittel. - St Döring sagt dies zu.

P Dr. Korthals merkt an, aus der Sicht des Landesrechnungshofs handele es sich um eine „intelligente Finanzinnovation“.

Abg. Wiegard äußert die Hoffnung, gelegentlich „außerhalb von parteipolitischen Gezänken“ in einer kleinen Arbeitsgruppe über andere Formen der Finanzierung von Schulbaumaßnahmen reden zu können. - Abg. Astrup begrüßt diesen Vorschlag.

Punkt 3 der Tagesordnung:*

Übertragung von Programmen und Aufgaben auf die Investitionsbank

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 15/875

P Dr. Korthals spricht die Anlage 2 an, wonach sich für den Bereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ die Einsparung einer Planstelle der BesGr. A 12 - versehen mit einem kw-Vermerk zum 31.12.2005 - ergebe - „eine bemerkenswerte Einsparung“. In einem Umdruck aus dem Jahr 2000 sei in diesem speziellen Bereich von einem Einsparpotenzial von insgesamt fünf Stellen die Rede, während sich aus der zur Diskussion stehenden Vorlage ergebe, dass durch die Abwicklung neu angelaufener Programme, die unmittelbar der Investitionsbank übertragen werden, drei neue Stellen in der Landesverwaltung vermeiden ließen. „Dies ist schwer zu fassen.“ Wenn man Einsparpotenziale mit der Vermeidung von Stellen wegen neuer Zuordnung von Aufgaben verrechne, sei ein Vergleich der Vergangenheit mit der Gegenwart nicht angebracht, weil damit „Äpfel mit Birnen“ verglichen werden. Man werde nicht darum herumkommen, sich gezielt mit der Frage zu befassen, wie viele Aufgaben eigentlich auf die Investitionsbank übertragen worden seien, und in einer zuverlässigen Analyse zu berechnen, was nun wirklich an Einsparpotenzial herausgekommen sei.

St Döring stimmt P Dr. Korthals im Prinzip zu und regt an, die gesamte Palette der Förderung in einer gesonderten Sitzung des Finanzausschusses zum Beratungsgegenstand zu machen.

Abg. Heinold merkt an, nicht wirtschaftlich sei es, ein Programm auf die Investitionsbank zu übertragen wohl wissend, dass die bisher tätigen Personen noch 20 Jahre beschäftigt werden müssten, ohne eine andere Aufgabe übertragen zu bekommen. „Dies wäre ein absurdes Verfahren.“ Es stelle sich demnach die Frage, ob es für die Abgeordneten eine Möglichkeit gebe zu kontrollieren, ob die Landesregierung wirtschaftlich arbeite; die Illusion, dies auch wirklich kontrollieren zu können, sei ihr allerdings nach der zur Diskussion stehenden Vorlage genommen.

St Döring hält dagegen, Zuständigkeiten würden nicht nur um der Übertragung wegen übertragen. Wenn die Übertragung wirtschaftlich sei, werde der Ausschuss in jedem Einzelfall in Schriftform über den Umstand selbst sowie über die Refinanzierung unterrichtet. Bei Unzufriedenheit werde sich der Ausschuss - wie kürzlich beim Schulbauprogramm geschehen - in

beeindruckender Weise auch äußern. Ob tatsächlich alles so eingetreten sei wie ursprünglich beabsichtigt, könne nachträglich nicht bewertet werden. Die Landesregierung werde auf Fragen der Abgeordneten „nach bestem Wissen und Gewissen“ antworten, ihr müsse dann allerdings auch in Teilen geglaubt werden; denn eine Kontrolle eines Ressorts mit etwa 300 Mitarbeitern sei sicherlich der Kompetenz der Abgeordneten entzogen.

Abg. Steincke knüpft an die Ausführungen der Abg. Heinold an und führt aus, die mittelfristige Personaleinsparung durch Übertragung von Aufgaben in eine kostengünstige Richtung sei eine gute Überlegung. Festzustellen sei aber, dass in der Übergangsphase häufig aus Sicherheitsgründen oder aus organisatorischen Gründen doppelt Personal „gefahren“ werde. Daraus ergebe sich der Schluss, in der Phase, in der das Land am wenigsten Geld habe, müsse noch etwas draufgezahlt werden, um mittelfristig Erfolg zu haben. Daraus könne man dann aber auch den Schluss ziehen, dass man Umstrukturierungen immer schon dann vornehmen müsse, wenn man über das entsprechende Geld verfüge. Damit aber entstehe Skepsis und dies mache vorsichtig.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage - wie die Vorsitzende abschließend feststellt - zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Investitionsbank Schleswig-Holstein;
Änderung des Investitionsbankvertrages im Zuge der Übertragung des
Liegenschaftsvermögens**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/876

St Döring erläutert die Vorlage.

Abg. Gröpel erklärt, die SPD begrüße die vorgesehene Änderung des Investitionsbankvertrages. Abg. Arp merkt an, dass die CDU seinerzeit dem so genannten Immobiliendeal nicht zugestimmt habe und deshalb auch der vorgesehenen Änderung nicht zustimmen werde.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei jeweils einer Enthaltung der CDU und der F.D.P. stimmt der Ausschuss dem Änderungsvertrag zu.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Fördermittel für die Hansestadt Lübeck aus dem Regionalprogramm

hierzu: Umdrucke 15/887 und 15/922

St Döring erläutert die Vorlagen und der Ausschuss nimmt sie nach kurzer Diskussion zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Umwandlung der Provinzialanstalten in Aktiengesellschaften

Auf Vorschlag des Abg. Astrup verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beratung auf die nächste Sitzung zu vertagen, um dem Antragsteller, Abg. Kubicki, Gelegenheit zu geben, daran teilzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Finanzierung der Beschaffungsalternativen „Kauf und Leasing“ von Polizeidienstfahrzeugen

hierzu: Umdruck 15/907

Die Vorsitzende schlägt vor, diesen Punkt von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen, da die zur Vorbereitung auf die Sitzung erforderliche Information, Umdruck 15/907, den Ausschussmitgliedern erst gestern als Tischvorlage zugeleitet worden sei. - Der Ausschuss beschließt in diesem Sinne.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. R. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer